

## ***Von Kopenhagen nach Kopenhagen: Die Erweiterung der Europäischen Union***

Zusammenfassung des Vortrags von Eva Nowotny, Leiterin der integrations- und wirtschaftspolitischen Sektion im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten  
17. Dezember 2002

Begrüßung und Einleitung:

Franz Vranitzky, ehemaliger Bundeskanzler und Präsident des Bruno Kreisky Forums,

Moderation:

Max Kothbauer, Mitglied des Vorstandes des Bruno Kreisky Forums

Eva Nowotny stellte ihrem Referat das Zitat voran: „Wer in Europa nicht an Wunder glaubt, der ist kein Realist“. Die Ergebnisse des am Wochenende vor ihrem Referat stattgefundenen Europäischen Gipfeltreffens in Kopenhagen bezeichnete sie in der Folge als ein kleines Wunder. Sie verwies darauf, welcher fundamentalen Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität in Europa man mit der bevorstehenden Erweiterung der EU näher gekommen sei. Man habe in Kopenhagen, so Nowotny, das Ende der Teilung Europas besiegelt und auch das Ende der Gefahr, dass sich Europa in eine Zone der Prosperität und in eine zweite Zone der Instabilität und Armut aufspalten könnte. Mit der Erklärung „One Europe“, die von allen Teilnehmern des Gipfels – auch den Beitrittskandidaten – unterzeichnet wurde, habe man dem gemeinsamen Wunsch, Europa zu einem Kontinent der Demokratie, des Friedens und des Fortschritts zu machen, Ausdruck verliehen.

Anschließend erläuterte Nowotny den Inhalt der Verhandlungen, die diesem Abschluss vorhergegangen waren. An erster Stelle, so Nowotny, hätten finanzielle Fragen zu drei Bereichen gestanden: die Direktzahlungen in der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik der EU, die Leistungen aus Struktur- und Kohäsionsfonds und die Cashflow- und Budgetausgleichszahlungen, die für die neuen Mitglieder geleistet werden müssten. Es sei hier gelungen, ein großes Gesamtpaket zu schnüren, von dem sich alle gut bedient fühlten. Die Agenda 2000 – der in Berlin festgelegte Finanzrahmen für die Jahre 2004 - 2006 – durfte dabei nicht überschritten werden. Die finanziellen Leistungen an die neuen Mitglieder wurden mit 40,8 Milliarden Euro festgelegt. Österreich ist an dieser Summe mit 0,09 Prozent seines Bruttosozialproduktes oder 24 Euro pro Österreicher pro Jahr beteiligt. Demgegenüber stünden, meinte Nowotny, enorme wirtschaftliche Vorteile, die Österreich schon bisher aus den Transformationsprozessen in Zentral- und Osteuropa lukrieren konnte und auch nach der Erweiterung lukrieren werde.

Weitere Entscheidungen in Kopenhagen, führte Nowotny aus, betrafen den Kandidatenstatus der Türkei, die Zypernfrage und die Entscheidung über das Vorgehen den beiden Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien gegenüber. Die Teilung Zyperns stelle zwar kein Hindernis für einen Beitritt dar, es wurde aber von EU-Seite dem Wunsch nach Verhandlungen der zwei Volksgruppen der Insel nach Maßgabe eines Lösungsplans Ausdruck verliehen. In der Türkei-Frage habe der EU-Rat entschieden, im Dezember 2004 auf Basis einer umfassenden Analyse der Kommission festzustellen, ob die Türkei die Beitrittskriterien erfülle. Sollte das der Fall sein, werde ohne Verzug mit Verhandlungen begonnen werden. Rumänien und Bulgarien, so wurde entschieden, bekommen die Möglichkeit, ihre Beitrittsverhandlungen noch bis 2004 zu Ende zu bringen.

Nowotny ging auch auf die zwei Österreich-spezifischen Themen ein, die am Rande von Kopenhagen diskutiert wurden: die Frage des Transitverkehrs und die Frage der weiteren Vorgangsweise zwischen Österreich und der Tschechischen Republik über das Nuklearkraftwerk Temelin.

Nowotny erläuterte die den Transitverkehr betreffenden Details des österreichischen EU-Beitrittsvertrags. Die darin festgesetzte Übergangsregelung, die am 31. 12. 2003 ablaufe, solle à la longue durch eine neue europäische Wegkostenrichtlinie, deren Inkrafttreten allerdings noch nicht feststünde, abgelöst werden. Österreich ginge es darum, für die mit drei Jahren angenommene Übergangsfrist eine Regelung zu finden, die es erlaube, die wesentlichen Inhalte der bisherigen Regelung weiterzuführen. Die Entscheidung darüber, so führte Nowotny aus, sei in die zuständigen Gremien der Kommission zurückgespielt worden, wo ein für Österreich gangbarer Kompromiss ausverhandelt worden sei.

Zu Temelin wurde festgestellt, dass es aus EU-rechtlichen Gründen nicht möglich sei, dem Beitrittsvertrag einen bilateralen Vertrag als eigenes Protokoll anzuschließen. Allerdings könne der Vertrag zwischen Österreich und der Tschechischen Republik – das Melker Abkommen – dem Beitrittsvertrag als zusätzliches Dokument angeschlossen werden, wobei der Rat von beiden Vertragspartner erwarte, dass das bilaterale Abkommen erfüllt würde.

Im Anschluss an diese Zusammenfassung machte Nowotny unter Bezugnahme auf den Titel ihres Vortrags einen Rückblick auf die Anfänge des Erweiterungsprozesses. Sie erwähnte, dass die EU unmittelbar nach der Wende den nunmehrigen Beitrittskandidaten die Beitrittsperspektive eröffnet habe. 1993 habe man in Kopenhagen die Beitrittskriterien festgelegt. Gleichzeitig habe eine massive finanzielle Unterstützung eingesetzt, um diesen Staaten die Erfüllung der Kriterien zu erleichtern. 1997 wurden in Luxemburg offiziell die

Verhandlungen mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien, Estland und Zypern aufgenommen worden, im Dezember 1999 in Helsinki mit der Slowakei, Litauen, Lettland, Rumänien, Bulgarien und Malta.

Nach der politischen Einigung in Kopenhagen im Dezember 2002 müsse nun ein Beitrittsvertrag ausgearbeitet werden, erläuterte Nowotny weiter. Das kollektive Vertragswerk, dem 10 individualisierte Protokolle als Annex beigegeben würden, werde 5000 bis 6000 Seiten umfassen. Anschließend werde der Ratifizierungsprozess eingeleitet. Das eigentliche Beitrittsdatum wurde auf den 1. Mai 2004 verschoben.

Parallel zur Erweiterung, erklärte Nowotny, werde es zu einer Neuordnung und Reform des gesamten institutionellen und operativen Gefüges der EU kommen. Diese Reform werde womöglich zeitgleich mit der Erweiterung in Kraft treten. Man werde es dann, so Nowotny, mit einer sowohl quantitativ als auch qualitativ neuen EU zu tun haben. Damit werde die Union weltpolitisch mehr Gewicht haben und auch außenpolitisch verstärkt mit einer Stimme sprechen können.

In der anschließenden Diskussion wurde besonders die Frage der Grenzen der Erweiterung der EU diskutiert. Nowotny meinte, im Moment sei ein möglicher Beitritt von Russland, der Ukraine, Weißrussland oder sogar Israel – wie von Berlusconi immer wieder erwähnt – realpolitisch kein Thema.

Zum Thema der Vielsprachigkeit der EU, die mit der Erweiterung erneut zu einem wichtigen Thema werde, erklärte Nowotny, dass man derzeit über ein Request-and-Pay-System für Simultanübersetzungen auf der politischen Ebene nachdenke. Dadurch würden, so Nowotny, die Belastungen gleichmäßig gestreut. Auf der Arbeitsebene denke man über die Einführung eines reduzierten Sprachregimes nach.